Das Gespräch

Christoph M. Schmidt*

„Nichts ist so befreiend wie eigene Stärke und Leistungsfähigkeit“

Ein Gespräch über die Herausforderungen für die neue Bundesregierung mit Blick auf Produktivität, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Rente, Klima, Gesundheit und Finanzen

<https://doi.org/10.1515/pwp-2021-0060>

PWP: Herr Professor Schmidt, wir sind in eine neue Legislaturperiode gestartet. Was sind aus Ihrer Sicht die großen Themen, mit denen sich die Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit befassen muss?

Schmidt: Da bietet sich ein Riesenmenü aus alten, durch die Pandemie teilweise noch akzentuierten Herausforderungen und tatsächlich neuen Themen, die durch die Corona-Krise hinzugekommen sind. Zunächst muss man sich in Erinnerung rufen, dass wir zu Beginn der Corona-Krise zwar aus einem Jahrzehnt des Aufschwungs kamen, dass dieser Aufschwung aber schon vorbei war. Jetzt werden wir wohl bald zu einer Normalauslastung des Produktionspotentials zurückkehren, und dann befinden wir uns wieder auf einem ähnlichen Wachstumspfad wie

vor der Krise – und damit kommen dann auch die ganzen wirtschaftspolitischen Fragen neu aufs Tapet, die wir in den vergangenen Jahren zum guten Teil auch im Sachverständigenrat immer wieder aufgerufen haben. Eine davon ist der negative Trend des Produktivitätswachstums im Verbund mit dem demographischen Wandel, der jetzt mit großer Wucht kommt. Meine Generation geht im Laufe des Jahrzehnts in den Ruhestand, und das wirft vermutlich für das Produktivitätswachstum Probleme auf.

PWP: Inwiefern?

Schmidt: Nach allem, was man über die Leistungsfähigkeit der Menschen im Lebenszyklus weiß, gibt es zwar in jungem Alter eine höhere fluide Intelligenz und man lernt schnell. Später geht diese Fähigkeit zurück, aber man macht dank seines Erfahrungsschatzes weniger schwere Fehler. Über den gesamten Lebenszyklus hinweg könnte das für eine relativ lange Phase von ähnlich hoher Produktivität sorgen. Aber trotzdem ist es so, dass sich in der Regel nicht ältere, sondern jüngere Menschen an Unternehmensgründungen versuchen und für Innovatio-

*Kontaktperson: Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen und Ruhr-Universität Bochum (RUB), Universitätsstr. 150, Bochum, 44801 Bochum, E-Mail: schmidt@rwi-essen.de

nen sorgen, und deshalb dürfte die Bevölkerungsalterung das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum verlangsamen. Wachstumsdekompositionen zeigen ohnehin schon: Wir hatten mal ein TFP-Wachstum von 1 Prozent im Jahr, und jetzt liegt es nur noch bei rund 0,6 Prozent.¹

PWP: *Dafür rechnet man aus den tatsächlichen Wachstumszahlen des BIP jenen Anteil heraus, der von einem größeren Einsatz der Produktionsfaktoren verursacht wird, vor allem von Arbeit und Kapital. Was übrig bleibt, ist die totale Faktorproduktivität TFP.*

Schmidt: Ja. Der Rückgang des TFP-Wachstums wurde in den Jahren nach 2005 durch das Beschäftigungswachstum infolge der erfolgreichen Hartz-Reformen kompensiert. In Zukunft indes werden Investitionen in Sachkapital und in Innovationen das Einzige sein, was uns beim Wachstum hilft, weil die Zunahme des Arbeitsvolumens negative Wachstumsbeiträge liefern wird. Mehr Investitionen wiederum setzen gute Rahmenbedingungen voraus.

PWP: *Was also soll die Wirtschaftspolitik tun, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen und auf diese Weise Produktivitätswachstum und Innovation zu ermöglichen?*

Schmidt: Um diese Frage zu beantworten, möchte ich kurz auf das Kapitel zur Industriepolitik im Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2019 zurückgreifen, das ich damals federführend mit Achim Truger verfasst habe.² Kurze Erklärung: Alle Kapitel des Gutachtens sind zwar ein Gemeinschaftswerk des gesamten Gremiums, aber die Arbeitsweise des Rats ist so, dass man die Kapitel untereinander aufteilt und die jeweiligen Entwürfe dann in der großen Runde diskutiert und weiterentwickelt. Wir haben jedenfalls damals viele Ideen aufgegriffen, die wir im Rat bereits 2009 entwickelt hatten, im Nachgang zur Finanzkrise. Nun aber ging es um die Einordnung der vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier entwickelten Industriestrategie. Unsere Hauptlinie war: Für eine offen strukturkonservierend ausgerichtete Industriepolitik wird man heute keine Mehrheiten mehr finden. Man hat sie spätestens 2008 zu den Akten gelegt, als der

Ausstieg aus der subventionierten Steinkohleförderung beschlossen war und die RAG-Stiftung ins Leben gerufen wurde. Heute braucht es als Rechtfertigung für industriepolitische Eingriffe immer den Mantel des Neuen, des Innovativen, des strategisch Wichtigen. Aber oft überzeugt die Begründung nicht. Deshalb sollte aus meiner Sicht eine horizontale Industrie- und Innovationspolitik Vorrang haben: gute Infrastruktur, gute Bedingungen, die jedem Marktteilnehmer gleichermaßen zur Verfügung stehen. Zum Beispiel liegt in einer digitalisierten Verwaltung viel Potential als Gegenstück zu einer agilen Wirtschaft. Zu guten Rahmenbedingungen gehören auch Forschungseinrichtungen, die das ganze Spektrum von der Grundlagenforschung bis zur marktfernen Technikanwendung abdecken – und wir haben das ja in Deutschland, mit den Max-Planck- und den Fraunhofer-Instituten, mit den Instituten der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft irgendwo dazwischen.

PWP: *Reicht das denn?*

Schmidt: Es ist mehr als die halbe Miete. Und dann, darauf aufsetzend, kann es durchaus auch noch eine Rechtfertigung für vertikale Eingriffe dort geben, wo beispielsweise Querschnittstechnologien entwickelt oder ausgeprägt werden müssen, was die Möglichkeiten einzelner Akteure übersteigt. Es ist auch durchaus in Ordnung, wenn der Staat in Ausnahmefällen unternehmerische Risiken eingeht und ganz konkret einzelne Technologien fördert, weil es sich gut begründen lässt, dass diese für die Erhaltung der Wertschöpfungskette in Europa wichtig sind. Um dabei gute Entscheidungen zu treffen, brauchen die staatlichen Akteure jedoch viel Kompetenz.

PWP: *Kann der Staat denn überhaupt beurteilen, welche Technologien zukunftssträftig sind?*

Schmidt: Meistens kann er das meiner Einschätzung nach halt nicht. Zwar können sich seine Instanzen informieren, zum Beispiel durch Technikvorausschau und Praxisdialoge. Aber letztlich wissen es die Marktteilnehmer doch meist selbst weit besser. Und wer eigenes Geld ausgibt, schaut genauer hin. Fremdes Geld ist schnell ausgegeben.

PWP: *Aber wenn der Staat schon unternehmerisch handelt, dann sollte er es wenigstens richtig machen.*

Schmidt: Genau. Erinnern Sie sich an das industriestrategische Papier von Minister Altmaier und die Vorstellung, es gebe Unternehmen, die so prägend für Deutschland seien,

¹ SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2020), *Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken*, Jahresgutachten 2020/21, Kapitel 1, Wiesbaden.

² SVR (2019), *Den Strukturwandel meistern*, Jahresgutachten 2019/20, Kapitel 3, Wiesbaden.

dass man sie stützen müsse. Wenn man so weit geht und einzelne Akteure sozusagen auf Zuruf fördert, dann ist eigentlich alles zu spät. Dann sollte man es lieber ganz lassen. Aus meiner Sicht sollte es regelgebunden oder zumindest prinzipiengeleitet zugehen. Es braucht einen fairen Wettbewerb um staatliche Mittel und belastbare staatliche Kompetenz bei der Auswahl der zu Fördernden. Und diese Kompetenz muss auch die Frage abdecken, wann eine Förderung sinnvollerweise wieder einzustellen ist. Ein anderes Beispiel: Wenn der Staat bei einem Start-up in einem Zukunftsbereich einsteigt...

PWP: Sie denken an den Einstieg bei CureVac?

Schmidt: Ja, beispielsweise. Unabhängig von diesem Einzelfall sollte gewährleistet sein, dass nicht gerade das erste Unternehmen zum Zuge kommt, das sich traut anzurufen. Dergleichen bedarf eines strukturierten Prozesses, und dafür, wie der auszugestalten ist, kann sich der Staat in der Wissenschaft Hilfe holen. Aus Sicht der Unternehmen ist ganz klar, dass jeder gern die Unterstützung mitnimmt, die sich anbietet. Das ist auch völlig legitim. Aber die Politik als Treuhänder unseres gesellschaftlichen Vermögens muss verhindern, dass sie dabei von einzelnen Akteuren ausgenutzt wird. Da die Balance hinzubekommen, ist eine große Herausforderung.

PWP: Brauchen wir ein europäisches DARPA, wie Dalia Marin einmal in dieser Zeitschrift gesagt hat³, so etwas ähnliches wie die amerikanische „Defense Advanced Research Projects Agency“, eine 1958 unter Präsident Dwight Eisenhower gegründete Forschungsbehörde, auf die das Internet zurückgeht?

Schmidt: Da habe ich eine etwas andere Position. Wenn man sich das Spektrum ansieht, das die Institutionen unserer Spitzenforschung abdecken, von den Max-Planck-Instituten bis hin zur Helmholtz-Gemeinschaft, dann ist klar, dass der Transfer, die Umsetzung von Ergebnissen der Forschung in Ausgründungen gar nicht so sehr deren Aufgabe ist, wenngleich die Fraunhofer-Institute schon relativ nahe an marktlichen Anwendungen operieren. Man könnte deshalb in der Tat auf die Idee kommen, begleitend noch eine staatliche Agentur zu gründen, die sich allein genau darauf spezialisiert. Wie gesagt, man kann schon argumentieren, dass der Staat gelegentlich Risiken übernehmen sollte, selbst wenn wir einkalkulieren müssen, dass er damit auch immer wieder einmal scheitern muss. Das eine oder andere geht schief, und manches andere ist ein richtiger Knaller. Warum sollte es dem Staat da anders gehen als privaten Investoren? Es kommt nur darauf an, dass er nicht im Großen und Ganzen immer wieder falsch liegt. Aber wenn der Staat schon unternehmerisch handelt und Risiken übernimmt, dann brauchen die dafür vorgesehenen Stellen auch entsprechende Freiheiten. Wenn wir die Spitzenleute in einer solchen Agentur zum Beispiel nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlen, wird das nichts. Dann sollte man es lieber lassen.

PWP: Der Anlass für das industriepolitische Strategiepapier war seinerzeit die Sorge vor China. Heute gibt es nicht weniger, sondern eher noch mehr Grund für die Befürchtung, dass das totalitäre Regime mit seiner expansiven wirtschaftlichen Strategie den Westen nicht nur abhängt, sondern auch abhängig macht. Was also raten Sie?

Schmidt: Altmaier hat damals viel Schelte bekommen, auch von uns im Sachverständigenrat. Die Gegenreaktion war dann die Klage, dass wir nichts Besseres zu bieten hätten als die Vorstellung vom Nachtwächterstaat, der allenfalls noch für Infrastruktur und Rahmenbedingungen zuständig sei. Und das sei vor dem Hintergrund der Bedrohung aus China einfach nicht mehr gut genug. Dass

³ Horn, K. (2019), „Der globale Wettbewerb wird es mit sich bringen, dass auch wir im Westen mehr subventionieren“. Gespräch mit Dalia Marin, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 20(2), S. 137.

das nicht mehr gut genug wäre, stimmt natürlich. Europa muss schon versuchen, insbesondere seine digitale Souveränität zu bewahren. Allerdings fragt sich, was das genau bedeuten kann. Brauchen wir zum Beispiel eine eigene Cloud-Lösung für Europa, um auf diese Weise den großen Plattformen etwas entgegenzusetzen? Kann man vermeiden, in der Telekommunikation alles auf eine Karte zu setzen? Die Politik wird darüber erst einmal diskutieren und sich eng mit der Wirtschaft austauschen müssen. Sie darf deren Position zwar nicht 1:1 übernehmen, aber ganz ohne die Unternehmen wird es nicht gehen. Und natürlich brauchen wir strategische Überlegungen. Nur besteht Strategie nicht darin, dass man einfach Geld ins Schaufenster stellt. Vor allem bedarf es auch hier großer fachlicher Kompetenz. Man muss schon so weit Herr des technischen Wissens sein, dass man weiß, was genau man sich einkauft. Nur dann kann man auch beurteilen, ob man sich abhängig zu machen droht. Das kann Europa nur dann gut machen, wenn es wirtschaftlich stark ist. Doch dafür reichen die schönen Worte beispielsweise der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie nicht aus.

PWP: *Innerhalb von zehn Jahren sollte die EU zum wettbewerbsfähigsten und mit der größten Dynamik versehenen wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt werden.*

Schmidt: Genau. Aber Worte allein genügen nicht. Wir brauchen mehr Marktwirtschaft. Nur wer stark ist, kann sich dem Diktat anderer widersetzen. Stärke bemisst sich auch in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Und die wiederum ist erwiesenermaßen umso größer, je mehr Raum wir der Marktwirtschaft lassen.

PWP: *Aber noch einmal – die Vorbehalte gegen China speisen sich ja nicht nur aus der Furcht, ökonomisch ins Hintertreffen zu geraten. Wenn in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen von der KP Chinas gesteuerte Investorenvertreter sitzen, ist das auch ein politisches Problem.*

Schmidt: Aber es lässt sich nicht gut verhindern. Man kann für Unternehmensbeteiligungen oder Übernahmen ja nicht einfach eine Lex China machen.

PWP: *Das wäre außerdem auch ein erheblicher Eingriff in die Vertragsfreiheit.*

Schmidt: Allerdings. Und man muss sich überlegen: Wenn ein Unternehmen aufgekauft wird, waren die früheren Eigentümer ja offenbar bereit, es herzugeben. Sie bekommen auch etwas dafür, und zwar wohl mindestens so viel, wie es

ihnen selbst wert war. Sonst käme die Transaktion ja nicht zustande. Eine Bedrohung in der Zukunft wiederum kann nur dadurch entstehen, dass der neue Eigentümer Dinge tut oder unterlässt, die man in einem marktwirtschaftlichen Geschehen normalerweise nicht täte oder unterließe, weil man sich damit ins eigene Fleisch schneidet. Normalerweise müsste der Wettbewerb dafür sorgen, dass ein Unternehmen auch unter chinesischer Führung oder Beteiligung investiert und Arbeitsplätze schafft. Aber wenn das gar nicht das strategische Ziel des Investors ist, sondern es ihm vor allem darum geht, Technologie abzugreifen oder auf Kosten von kurz- und mittelfristiger Rendite auf lange Sicht Marktmacht zu gewinnen und diese dann monopolistisch auszunutzen, dann ist das schon ein Problem. Die Abwehr setzt am besten schon vorher ein.

PWP: *Und zwar wie?*

Schmidt: Die beste Methode für ein Unternehmen ist immer, so erfolgreich zu sein, dass die eigenen Aktionäre Übernahmeangeboten widerstehen können. Nichts ist so befreiend wie eigene Stärke und Leistungsfähigkeit.

PWP: *Lassen Sie uns wieder zum Ausgangspunkt zurückkommen, zur Alterung. Sie setzt auch die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rente, unter Druck.*

Schmidt: Dass man den demographischen Wandel weitgehend ignoriert und die Stabilität der sozialen Sicherung eher noch geschwächt hat, war meiner Ansicht nach einer der größten Fehler der Regierungsarbeit im zurückliegenden Jahrzehnt. Das Thema Rente darf nicht wieder weggeschoben werden. Wir müssen uns da ehrlich machen.

PWP: *Ehrlich machen, was meinen Sie damit?*

Schmidt: Wir müssen uns einfach die Probleme eingestehen. Es geht nicht länger, dass wir den Beitragssatz und das Leistungsniveau fixieren und das Loch in den Finanzen durch Bundeszuschüsse stopfen. Es gibt kaum einen Ökonomen, der nicht zustimmen würde, dass wir bei steigender Lebenserwartung irgendwie eine Lösung finden müssen, wie wir die zusätzlichen Lebensjahre zwischen Arbeit und Ruhestand aufteilen. Eine Möglichkeit bestünde darin, dass wir bei der groben Aufteilung 2:1 bleiben, wie sie im Moment ist – aber Hauptsache, man diskutiert offen darüber und legt es schon jetzt fest, damit wir die notwendige Reform wie ehemals die Rente mit 67 so schrittweise einführen können, dass es keine Disruptionen gibt.

PWP: Ein weiteres großes Thema dürfte die Klimapolitik sein, Ihr großes akademisches Thema seit etlichen Jahren.

Schmidt: Auf jeden Fall. Die Klimapolitik gehört zu den Themen von internationaler Bedeutung, die wir angehen müssen. Es gilt, unseren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Dazu haben wir uns sehr ausführlich im Sondergutachten des Sachverständigenrates 2019 geäußert⁴; das war im Rat sozusagen meine Schlussfanfare, als meine Amtszeit endete. Es ist wichtig zu sehen, dass der CO₂-Preis nicht alles ist – er muss durch weitere Maßnahmen flankiert werden. Entscheidend ist vor allem die internationale Einbindung der nationalen Anstrengungen. Am besten wäre ein Klima-Club. Außerdem wird es darauf ankommen, die sektorale Kleinteiligkeit zu überwinden. Das angeschrägte Klimagesetz der früheren Bundesregierung ging da in die falsche Richtung. Nach aller ökonomischen Erkenntnis müssen wir auf arbeitsteiliges Vermeiden von Emissionen setzen. Bei der Produktion gilt: Der Kuchen, den ich verteilen kann, wird durch arbeitsteiliges Wirtschaften größer. Spiegelbildlich werden bei der Rückführung der Emissionen die Kosten durch arbeitsteiliges Vermeiden kleiner. Auf diese Weise wird das Ganze verdaulicher. Das bedeutet, dass man darüber nachdenken muss, wie man möglichst schnell einen integrierten europäischen Emissionshandel hinbekommt, bei dem Verkehr und Wärme bei Industrie und Energiewirtschaft mit enthalten sind. Die deutsche Energieagentur dena hatte beispielsweise vor einigen Jahren eine Leitstudie veröffentlicht⁵, die sich mit dem Umsetzungspfad im Blick auf das Ziel beschäftigte, im Jahr 2050 bei einer Emissionsminderung von 85–95 Prozent zu sein. Die Studie wurde jetzt noch einmal als zweite Leitstudie neu aufgelegt⁶, diesmal mit dem Ziel der Klimaneutralität 2045. Darin zeigt sich: Dieses ehrgeizige Ziel lässt sich erreichen, dafür ist der CO₂-Preis das zentrale Instrument, aber nicht das alleinige Patentrezept. Vielmehr sind in den verschiedenen Sektoren noch viele zusätzliche Anforderungen zu erfüllen.

PWP: Welche?

Schmidt: Das fängt beispielsweise mit dem sehr heterogenen Gebäudesektor an. Wir haben sehr viele alte Gebäude im Bestand, für die wir energetische Sanierungsmaßnahmen

brauchen. Und was den Verkehr angeht, fehlt es immer noch an genügend Ladestationen für Elektroautos. Es ist zudem zwar sinnvoll, eine einheitliche Bepreisung über alle Sektoren anzustreben, aber den daraus entstehenden weiteren Wettbewerbsnachteilen für die Industrie müssen wir ebenfalls entgegenwirken.

PWP: Woraus ergeben sich weitere Wettbewerbsnachteile für die Industrie?

Schmidt: Die Vermeidungskosten im Verkehrs- und Wärmebereich kennt man nicht genau, aber sie sind vermutlich im Vergleich zu Industrie und Energiewirtschaft sehr hoch, und wenn wir diese Bereiche zusammenlegen, dann landen die CO₂-Preise irgendwo dazwischen. Das bedeutet, dass die Industrie, die sich jetzt mit einem CO₂-Preis von 60 Euro je Tonne gerade noch einigermaßen anfreunden kann, bei vielleicht 120 Euro landet und damit wesentlich mehr unter Druck gerät. Dann brauchen wir sowohl die auch weiterhin freie Zuteilung von Emissionszertifikaten als vor allem auch eine internationale Klimaallianz. Die Antworten auf dem Reißbrett liegen vor, aber das Ganze bleibt ein Riesenthema in den Verhandlungen auf internationaler Ebene. Eins ist auf jeden Fall klar: Wenn es uns nicht gelingt, die Balance zwischen einem Beitrag zur Bekämpfung des globalen Klimawandels und der Zerstörung der industriellen Basis und damit der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu finden, dann werden wir im Zweifelsfall sogar erleben, dass dem Klima überhaupt nicht geholfen ist, weil sich niemand mehr darum schert. Stärke bedeutet auch, die eigenen Werte zu verteidigen. Es ist Teil unseres Wertekanons, dass wir die eigene Verantwortung für die globale Entwicklung sehen und wahrnehmen. Aber das lässt sich nicht mit moralischen Appellen allein durchsetzen. Mehr Marktwirtschaft wird auch im Interesse der Klimapolitik nötig sein, um das Wachstumspotential so zu stärken, dass wir in Europa einen Weg finden und ihn durchhalten können.

PWP: Warum gibt es eigentlich so viele Vorbehalte gegenüber einer marktlichen Preislösung?

Schmidt: In der Politik ist der CO₂-Preis womöglich schon deswegen nicht sonderlich beliebt, weil er ein sehr transparenter Indikator dafür ist, dass uns die Energiewende teuer kommt. Sie ist zweifellos richtig, aber sie erzeugt Belastungen. Manche Leute hängen der Vorstellung an, dass man diese Lasten mit nicht-preislichen Maßnahmen vermeiden kann. In Wirklichkeit ist es allerdings genau anders herum. Nicht-preisliche Maßnahmen treiben die Gesamtkosten in die Höhe und haben sozial sogar noch

⁴ SVR (2019), *Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik*, Sondergutachten, Wiesbaden.

⁵ dena (Deutsche Energie-Agentur GmbH) (2018), *dena-Leitstudie Integrierte Energiewende – Impulse für die Gestaltung des Energiesystems bis 2050*, Berlin.

⁶ dena (2021), *dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität*, Berlin.

ungünstigere Effekte. Ein Beispiel: Ein Dieselauto-Verbot für die Essener Innenstadt bedeutet, dass ich mit meinem kleinen Elektroflitzer zwar noch zu meinem Institut komme, eine Familie mit ihrer Diesel-Familienkutsche, die sich nicht noch ein E-Mobil kaufen kann, jedoch ausgeschlossen ist. Das ist politisch und aus Gerechtigkeitsgründen schwer vertretbar. Politisch ist Transparenz wie gesagt nicht sonderlich beliebt, aber der hohe CO₂-Preis ist meiner Meinung nach nur der Bote, den man nicht köpfen sollte. Allerdings bedarf es dann eines sozialen Ausgleichs.

PWP: Und wie sollte dieser soziale Ausgleich erfolgen?

Schmidt: Wir Ökonomen sind ja immer besonders stolz darauf, dass wir es schaffen, eine komplexe Situation gedanklich in zwei Bestandteile aufzuspalten und damit handhabbarer zu machen, und zwar in die Aspekte Effizienz und Verteilung. Und das bedeutet, dass wir Verteilungsprobleme gesondert angehen können. Da kommt nun oft die Gegenseite und wirft uns nicht ganz zu Unrecht vor, das meinten wir gar nicht ernst, uns gehe es doch in der Regel nur um die Effizienz. Aber wir sind sehr wohl in der Lage, die beiden Sphären von Effizienz und Verteilung wieder miteinander zu verbinden, zum Beispiel durch eine Paketlösung. Ottmar Edenhofer und ich haben diese Debatte beispielsweise Ende 2018 in einem kleinen Papier angestoßen⁷: Im Interesse der Effizienz führen wir das marktwirtschaftliche Instrument des CO₂-Preises ein, aber schon im selben Schritt verabreden wir, die Einnahmen wieder zurückzugeben und so umzuverteilen, damit eine distributive Unwucht gar nicht erst aufkommt. Man könnte das gerade in Deutschland eigentlich gut bewerben, denn im Endeffekt ist das nichts anderes als das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft in einer kleinen Anwendung: Der Markt sorgt für ein möglichst effizientes ökonomisches Ergebnis, aber wir haben eine Verabredung, fair zu teilen, was auch immer im Marktprozess herauskommt. Seitdem mehr ursprüngliche Marktskeptiker verstanden haben, dass man Effizienz und Verteilung auf diese Weise verbinden kann, ist der CO₂-Preis nach meinem Eindruck durchaus ein wenig beliebter geworden und der anti-marktwirtschaftliche Affekt in der öffentlichen Debatte über die Klimapolitik nicht mehr ganz so stark. Und umgekehrt hat der Einsatz marktwirtschaftlich denkender Ökonomen für das Klima wohl auch in wirtschaftsliberalen Kreisen zumindest einen kleinen Bewusstseinswandel eingeleitet.

PWP: Sie sprachen vorhin davon, dass es neben den altbekannten wirtschaftspolitischen Themen, die nach der Krise wieder aufs Tapet kommen, auch noch ein paar Herausforderungen gibt, die sich durch Corona verändert haben. Welche sind das nach Ihrer Auffassung?

Schmidt: Erstens hat die Digitalisierung einen klaren Schub bekommen, und das ist einerseits positiv. Wir haben heute sehr viel mehr Möglichkeiten als noch vor der Krise. Ich fahre auch in Zukunft mit Sicherheit nur noch selten für ein Gespräch von einer Stunde den ganzen Weg von Essen bis nach Berlin, vier Stunden hin, vier Stunden zurück. Und daran wird sich niemand stören. Da sind sozusagen Sperrklinken weggefliegen, die eine raschere Digitalisierung bislang verhindert haben. Andererseits ist das auch etwas gefährlich, weil wir vielleicht ein Stück weit verlernt haben, dass man sich manchmal auch physisch treffen und vor Ort sein muss. Wer weiß, unter Umständen müssen wir eine Art „Behavioural long Covid“ überwinden und wieder zueinander finden. Zweitens ist durch Corona die Lücke zwischen der Leistungsfähigkeit privater und öffentlicher Einrichtungen – beispielsweise Kliniken und Schulen – noch akzentuierter und sichtbarer geworden. Allgemein hat man in der Innovationspolitik durchaus ein Bild davon, wie man mit horizontaler und vertikaler Förderung private Einrichtungen auf Vordermann bringen kann. Aber beim Staat ist das schwieriger.

PWP: Könnten Sie „horizontale“ und „vertikale“ Förderung bitte kurz erklären?

Schmidt: Der Begriff „horizontale Förderung“ ist in der Innovationsforschung für wirtschaftspolitische Maßnahmen reserviert, die diskriminierungsfrei in der Breite wirken, beispielsweise wenn der Staat ein Förderprogramm

⁷ Edenhofer, O. und C. M. Schmidt (2018), Eckpunkte einer CO₂-Preisreform, RWI Positionen 72.

für Grundlagenforschung auflagt. Da können sich alle bewerben. „Vertikale Förderung“ richtet sich auf eine spezifische Branche oder Technologie, die man unterstützen will, was aber immer andere ausschließt.

PWP: Danke.

Schmidt: Jedenfalls geht es mit Blick auf den Staat um etwas anderes, und zwar darum, seinen Apparat so umzubauen, dass auf jeder Ebene mehr Eigenverantwortung und mehr Risikobereitschaft einziehen. Da gilt es ein dickes Brett zu bohren. Und drittens gilt es die Bildungsausfälle der Corona-Krise wettzumachen. Das muss hohe Priorität haben. Die bildungsferneren und leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler haben schon sehr gelitten; da muss man gezielt helfen. Auf diesem Feld manifestiert sich auch die Bedeutung des Themas Ungleichheit. Junge Leute, die jetzt ein Jahr lang keine oder fast keine Bildungsinhalte erhalten konnten, sind langfristig benachteiligt. Das ist ein Verteilungsthema – und zwar ein wirklich bedeutendes, viel bedeutender als alles, worüber wir vor der Pandemie geklagt und diskutiert haben.

PWP: Es ist viel zu tun, aber die staatlichen Mittel sind nicht unendlich. Wie soll das gehen?

Schmidt: Mit der Mobilisierung privater Mittel. Der Staat kann nicht alles tun. Man ist sich gerade in der Klimapolitik ziemlich einig, dass der überwiegende Teil der klimarelevanten Investitionen von der privaten Seite kommen muss. Deswegen ist es sehr wichtig, dass auch künftig die Anreize für die Privaten stimmen und nicht untergehen. Ich warne deshalb sehr vor einem Ansatz nach dem Motto: Die Wirtschaft muss sich umstellen und kann das nicht allein, und deswegen bezahlt der Staat künftig alles im Rahmen von „Carbon Contracts for Difference“ (CCfD).

PWP: Könnten Sie auch dieses Instrument kurz erklären?

Schmidt: Es handelt sich um die Vereinbarung, Nachteile auszugleichen, die dadurch entstehen, dass Unternehmen entgegen der bei aktuell niedrigen CO₂-Preisen ansonsten betriebswirtschaftlich richtigen Abwägung, ihre alten Strukturen fortzuführen, bereits heute in klimafreundliche Strukturen investieren. Dazu werden Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse gegeben, die sich an einem noch nicht erreichten, deutlich höheren CO₂-Preis bemessen. Die Idee ist, diese Zuschüsse abzuschmelzen, je näher der tatsächliche CO₂-Preis diesem Zielwert kommt.

PWP: Und wie, meinen Sie, sollte der Staat die Wirtschaft bei der Transformation unterstützen?

Schmidt: Es ist unstrittig, dass eine gewisse Unterstützung nötig ist. Das gilt besonders da, wo es zu größeren Umstellungen der Infrastruktur kommen muss – darin liegt eine gut zu begründende öffentliche Aufgabe. Aber wo es um die Umstellung von Produktionsprozessen geht, sollte sich der Staat eher zurückhalten. Das gilt umso mehr, wenn es gleich um eine dauerhafte Beteiligung an den Betriebskosten geht, mit dem Ziel, einen internationalen Wettbewerbsnachteil auszugleichen. Natürlich stimmt es, dass die Wettbewerbsfähigkeit durch eine einseitige Klimapolitik leidet, und dass es viel besser wäre, einen internationalen Klima-Club zu haben. Das sollte das unbedingte Ziel der Politik sein; der Rückgriff auf CCfD kann das nicht ersetzen.

PWP: Aber kommen wir noch einmal zum staatlichen Finanzspielraum zurück, der ja nicht nur für die Klimapolitik relevant ist. Die Corona-Krise hat den Haushalt so belastet, dass die Schuldenbremse wieder umstritten ist.

Schmidt: Ganz so angespannt ist die Lage aber gar nicht. Sehr aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist die jüngste Gemeinschaftsdiagnose⁸. Die Institute weisen darauf hin, dass der Staat noch Rücklagen hat. Allein der Bund verfügt über etwa 50 Milliarden Euro an Rücklagen. Und des Weiteren ist in der Merkel-Ära die Abgabenquote schrittweise gestiegen, was ziemlich unter dem Radar der öffentlichen Diskussion geblieben ist. Ein Teil der Konsolidierung jener Zeit ist diesem Umstand geschuldet und nicht allein dem starken Nominalwachstum des BIP. Vor allem aber wird der künftige Spielraum des Staates auch davon abhängen, wieviel Nominalwachstum wir bekommen, und da bin ich durchaus zuversichtlich, dass das marktwirtschaftliche Prozesse liefern könnten.

PWP: Falls es nicht so günstig kommt, ist aber schon damit zu rechnen, dass die Politik versuchen wird, die Schuldenbremse zumindest zu umgehen, wenn wir sie schon nicht brechen wollen – oder?

Schmidt: Es gibt in der Tat viele Stimmen, die sagen, anders wird es gar nicht gehen. Doch das finde ich nicht überzeugend. Und ob ich die Schuldenbremse offen oder

⁸ GD (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose) (2021), *Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten*, Gemeinschaftsdiagnose 2/2021.

mit Schattenhaushalten umgehe, ist in der Sache dasselbe – und in derselben Weise problematisch. Nur weil man einen Kniff gefunden hat, mit dem man zwar das Wording des Regelwerks einhält, aber seinen Geist verletzt, ist man ökonomisch noch nicht gut unterwegs. Transparenz ist Trumpf: Wenn ich mich schon nicht an die Regeln halten will oder halten kann, dann doch wenigstens offen.

PWP: *Aber wenn ich Sie richtig interpretiere, wollen Sie die Schuldenbremse ja gar nicht gebrochen sehen⁹ – anders als beispielsweise der amerikanische Nobelpreisträger Joe Stiglitz, der seine Einschätzung zu Protokoll gab, der FDP-Vorsitzende Christian Lindner wäre ein katastrophaler Finanzminister, weil er an der Schuldenbremse festhalte¹⁰.*

Schmidt: Stimmt. Und was Joe Stiglitz angeht – ich kann das ja nur aus respektvoller Distanz beurteilen, aber ich muss mit Blick auf Nobelpreisträger schon sagen: Manche haben die erfreuliche Disziplin, sich nur zu Themen, zu denen sie wissenschaftlich etwas beigetragen haben, in ihrer Rolle als Experten zu äußern und sich mit Statements zu anderen Themen entweder ganz zurückzuhalten oder zumindest deutlich zu machen, dass sie sich hier nicht als Experte, sondern als Person des öffentlichen Lebens äußern. Und dann gibt es andere, die im Nobelpreis offenbar einen Freibrief sehen, sich zu allen möglichen Themen als Experte auszugeben, selbst wenn sie gerade als politische Aktivisten agieren. Stiglitz wird nun wirklich nicht meinen Rat suchen, aber ich finde es ziemlich mutig, dass sich jemand, der von den institutionellen Zusammenhängen in anderen Volkswirtschaften als der eigenen erkennbar so wenig Ahnung hat und die Empirie nicht gut kennt, auf diese Weise exponiert und sich ein Urteil anmaßt. So hatten wir zum Beispiel in Deutschland im zurückliegenden Jahrzehnt weitgehend eine expansive Fiskalpolitik.

PWP: *Wie beurteilen Sie denn die von gar nicht so wenigen Ökonomen – ob Nobelpreisträger oder nicht – vertretene These, dass wir aufgrund des demographischen Wandels und der Sparschwemme in eine Ära der säkularen Stagnation einmünden, und dass damit eine größere Rolle für den Staat einhergeht, bei mehr öffentlicher Verschuldung?¹¹*

⁹ Schmidt, C. M. und T. Schmidt (2021), Nach der Krise ist vor der Krise – für eine rasche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 70(1), S. 51–59.

¹⁰ Stiglitz, J. E. und A. Tooze (2021), „Es wäre ein Fehler, ihm seinen Wunsch zu erfüllen“, *Die ZEIT* vom 28. Oktober.

¹¹ Vgl. u. a. Weizsäcker, C. C. von (2015), Kapitalismus in der Krise? Der negative natürliche Zins und seine Folgen für die Politik, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16(2), S. 189–212.

Schmidt: Ich denke, dass wir nicht unbedingt mehr staatliches Engagement brauchen, um dem Sparwillen etwas entgegenzusetzen, sofern wir auf mehr Marktprozessen und mehr Attraktivität für Risikoübernahme im Rahmen unternehmerischen Engagements setzen. Aber für dieses Kontrafaktum zu werben, ist natürlich schwer. Momentan haben wir eine hohe staatliche Verschuldung. Wenn wir die einfach saldenmechanisch wegdenken würden, dann wäre das wie beschrieben. Aber das Kontrafaktum sieht wie gesagt vielleicht ganz anders aus. Eine Politik, die nicht den Mut hat, mehr Marktkräfte zuzulassen, wird damit auch die Bedeutung staatlicher Eingriffe in die Höhe treiben. Es ist schon vertrackt.

PWP: *Betrachten wir noch ein paar andere Themen. Die Corona-Pandemie hat für einen neuen Blick auf das Gesundheitswesen gesorgt. Vor allem ist deutlich zutage getreten, dass es auch dort mit Knappheit umzugehen gilt. Welcher Reformbemühungen bedarf es da aus Ihrer Sicht?*

Schmidt: Die Frage, wie wir unser Gesundheitssystem in Zukunft aufstellen wollen, müssen wir uns auf jeden Fall bald wieder vorknöpfen. Im Moment ist das allerdings ein heikles Thema. Wir sind ja heilfroh, dass wir in der Corona-Pandemie ein im Vergleich zu anderen Ländern so gut ausgebautes Gesundheitssystem hatten, und viele halten die marktwirtschaftlich denkenden Ökonomen, die vielleicht allen Ernstes die Zahl der Krankenhäuser reduzieren wollen, für widerlegt. Das stimmt natürlich nicht. Die Corona-Patienten wurden in den besonders leistungsfähigen Krankenhäusern versorgt, in den Universitätskliniken und hochspezialisierten Krankenhäusern, nicht so sehr in den vielen kleinen Provinzkrankenhäusern. Und für die Krankenhäuser insgesamt gilt nach wie vor, dass wir mehr Effizienz brauchen. Die Konsolidierung der Krankenhauslandschaft wird sich also fortsetzen müssen. Das ist aber auch alles andere als schlimm: Wenn wir die Notfallversorgung besser organisieren und die Transportmöglichkeiten – zum Beispiel per Hubschrauber – ausbauen, brauchen wir kein ganz so engmaschiges Netz der Grundversorgung, können dafür aber mehr Spezialisierung bieten. Und letztlich kommt es ja auf das Ergebnis an. Wenn ich irgendwo einen Schlaganfall erleide, ist es nicht so wichtig, ob ich von dort aus schon das Krankenhaus sehen kann, wo ich eingeliefert werden soll, sondern ob ich in kürzester Zeit die notwendige Lyse erhalte.

PWP: *Und was ist mit der Pflege? Die Klagen, dass der Pflegeberuf nicht hinreichend attraktiv ist und dass die Kliniken dadurch in Engpässe geraten, waren ja nicht aus der*

Luft gegriffen. Etliche Intensivbetten beispielsweise mussten stillgelegt werden, weil es an Pflegepersonal mangelte.

Schmidt: Das ist in der Tat ein Problem, und es geht über den Zusammenhang mit Corona weit hinaus. Wir sehen auf der einen Seite eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen infolge der Alterung sowie durch Wohlstandswachstum in Verbindung mit medizinisch-technischem Fortschritt, und auf der anderen Seite haben wir einen Fachkräftemangel. Das ist ein Riesenproblem. Wir brauchen auch deshalb mehr Zuwanderung aus dem Ausland, und natürlich vor allem eine größere Attraktivität der Pflegeberufe. Das bedeutet, dass die Ausbildung der Pflegekräfte aufgewertet wird und damit sowohl höhere Löhne rechtfertigt als auch mit größerer Verantwortung einhergeht. Es reicht nicht zu sagen, die fleißigen Pflegenden hätten mehr Geld verdient, es muss ja auch jemand bezahlen, es muss ins Gehaltsgefüge passen und gerechtfertigt sein. Das ist es, wenn zusätzliche Humankapitalelemente hinzukommen und mehr Verantwortung übernommen werden darf.

PWP: *Sie haben früher vor allem zu arbeitsmarktpolitischen Fragen geforscht und gehörten im Sachverständigenrat zu den Kritikern der Einführung eines Mindestlohns¹². Die SPD ist mit der Forderung nach einem erhöhten Mindestlohn schon in den Bundestagswahlkampf gezogen. Bestätigt Sie das in Ihren damaligen Befürchtungen?*

Schmidt: Ja, wir haben nun nachweislich einen politisierten Mindestlohn, und es war klar, dass nun die SPD ihre Forderung nach einer Erhöhung in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen würde. Auch in Zukunft wird der Mindestlohn immer wieder mal eine politische Entscheidung sein. Ist das der Untergang des Abendlandes? Nein. Der nominale Mindestlohn ist im Vergleich zum Produktivitätsniveau, das wir haben, und unter Berücksichtigung der Kaufkraft, die gerade im Moment durch die nicht ganz niedrigen Inflationsraten schwindet, sicher nicht exzessiv. Auf diesem Feld muss man sich nicht verkämpfen. Im Moment sind andere Themen wichtiger.

PWP: *Worin sehen Sie die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen dieser Legislaturperiode und darüber hinaus?*

Schmidt: Nicht zuletzt dank der Agenda 2010 müssen wir uns heute nicht mehr so stark wie früher um das reibungs-

lose Funktionieren des Arbeitsmarkts sorgen, sondern um Fragen wie die oben erwähnte Alterung und den daraus erwachsenden Fachkräftemangel sowie zum Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt. Uns steht ein großer Strukturwandel ins Haus. Wie aber werden sich im Zuge dessen einzelne Berufskarrieren verändern? Wie gut werden wir mit der Durchdringung der Arbeitswelt mit Robotern klarkommen – also mit selbst handelnden Maschinen, die erkennen, wo sie sind und was sie dort tun sollen? Werden die Maschinen die Arbeitskräfte verdrängen, und wenn ja, welche und in welchem Umfang? Was bedeutet das für individuelle Qualifikationen, für lebenslanges Lernen? Wie sollten wir mit der Polarisierung des Arbeitslebens umgehen, die dadurch entsteht, dass man für die einfachen Arbeiten zwar keine Maschine braucht und für die ganz komplizierten Arbeiten die Maschinen dann doch noch nicht intelligent genug sind, dass durch die Roboter jedoch die routinisierbaren Tätigkeiten in der breiten, für viele Menschen relevanten Mitte des Qualifikationsspektrums wegfallen? Wo stehen wir heute auf diesem Weg? Und welche Bildungsmaßnahmen helfen den Betroffenen beim Umstieg auf diese neue Arbeitswelt? Es wird darum gehen müssen, die richtige Balance zwischen der Nutzung der neuen Möglichkeiten und der Schaffung eines Wir-Gefühls und der Kreativität durch physische Nähe und Interaktion zu finden.

PWP: *Abschließend noch etwas anderes. Sie sind von Haus aus Ökonometriker. Dieses Feld hat sich stark entwickelt. Die Ökonometrie hat sich sozusagen freigeschwommen, nicht wahr? Man kann heute viel mehr machen als noch zu unseren Studienzeiten in den achtziger/neunziger Jahren. Vor allem ist man der Kausalität besser auf die Spur gekommen. Die Verwechselbarkeit von Korrelation und Kausalität war damals das große Argument gegen eine in Regressionen denkende Ökonomie.*

Schmidt: Stimmt absolut. Man hat früher, überspitzt ausgedrückt, eine Regression berechnet und sich dann in Abhängigkeit vom Ergebnis gefragt, welche Geschichte von Ursache und Wirkung man denn nun auf dieser Grundlage erzählen will. Aber dann hat man gemerkt, dass man oft mehrere Geschichten erzählen könnte und mehr und mehr verstanden, dass man somit eigentlich keine davon als die einzig wahre erzählen sollte, sondern sie alle als mögliche Narrative anbieten muss. Die ganz großen Ökonometriker wie Jan Tinbergen Mitte des vergangenen Jahrhunderts und die sehr guten angewandten Ökonometriker wie Heinz König hatten auch zu ihrer Zeit ein Gespür dafür, dass Kausalität meist nicht leicht zu etablieren ist, auch ohne unser heutiges Instrumentari-

¹² SVR (2013), *Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik*, Jahresgutachten 2013/14, Wiesbaden.

um, das Potential-outcome-Modell, bei dem man explizit Faktum und Kontrafaktum nebeneinanderstellt¹³. Aber so richtig in allen Köpfen angekommen ist das erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit der „Glaubwürdigkeitsrevolution“ der Ökonomie, für die David Card und seine Kollegen stehen – die Nobelpreisträger 2021.

PWP: *Die empirischen Techniken, die in der ökonomischen Disziplin aufgekomen sind, lassen sich auch für andere Disziplinen nutzen. Gibt es nicht gerade im Kontext der Corona-Pandemie vielfältige Anwendungsmöglichkeiten?*

Schmidt: Natürlich, aber leider hat sich die Politik nicht so richtig gegenüber dem steten Werben insbesondere aus der ökonomischen Wissenschaft geöffnet, in dieser außergewöhnlichen Situation, in der – technisch gesprochen – so viele natürliche Experimente ablaufen und sich zur Untersuchung geradezu aufdrängen, schon möglichst früh möglichst viele Daten zu erheben.

PWP: *Aber warum nur?*

Schmidt: Es hilft, sich in diesem Zusammenhang an die Hartz-Reformen zu erinnern oder an die Finanzkrise, auf die politisch mit einer Vielzahl von einzelnen Maßnahmen geantwortet wurde, die einander zum Teil konterkarierten und sich zum Teil womöglich sogar gegenseitig aufhoben. Im Nachhinein galt es, sie im Gesamtpaket zu evaluieren, denn die Wirksamkeit kann in der Gesamtschau erheblich vom isolierten Effekt einer einzelnen Maßnahme abweichen. In der Mitte einer Krise jedoch denken die politisch handelnden Personen eigentlich immer, dass es erst einmal vorrangig ist, überhaupt zu handeln, und sie glauben auch zu wissen, wie das aussehen muss. Wenn es schief geht, kommt dann der Satz, der immer falsch ist: „Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern nur ein Umsetzungsdefizit.“ Als ob die Erkenntnis jemals abschließend sein könnte. Das ist sicherlich ein Teil der Erklärung. Zudem befanden wir uns als Wissenschaftler kommunikativ in einer schwierigen Lage. Wenn bei den Ministerpräsidentenkonferenzen Wissenschaftler angehört wurden, dann waren das in der Regel Modellierer, die Ex-ante-Simulationen angefertigt haben. Das ist natürlich auch wichtig, aber es unterscheidet sich wesentlich von der Evidenz in dem nachträglichen Sinn, die eruiert, was bei einer Maßnahme wirklich herauskam – die also evaluiert.

PWP: *In der öffentlichen Debatte über die Corona-Maßnahmen sah es oft so aus, als wären Gesundheit und Wirtschaft Gegensätze. Wie sind Sie damit umgegangen?*

Schmidt: Ach, ich empfinde es als eine meiner Lebensaufgaben, immer wieder darüber aufzuklären, dass wir alle Teil der Wirtschaft sind. Es ist einfach Quatsch, dass die böse Wirtschaft nur Profit wolle, die Politik sie an die Kandare nehmen müsse und ich als einfacher, nur um meine Gesundheit besorgter Bürger damit nichts zu tun habe. Das ist eine völlig unsinnige Haltung. Wir sind alle Teil des Ganzen. Im Zusammenhang mit den Coronamaßnahmen heißt das: Wir alle werden einen erheblichen Einbruch an Lebensqualität verkraften müssen, weil wir an Wirtschaftsleistung verloren haben. Das ist, glaube ich, vielen Menschen überhaupt nicht präsent. Die direkte Kopplung zwischen Wirtschaftsleistung und Lebenserwartung, Gesundheitsversorgung im Alter usw. ist zwar schwer zu erfassen, aber sie ist nun einmal trotzdem da. Wenn man auf die ärmeren Länder in der Welt schaut, dann wird dieser Zusammenhang sofort deutlich: Es gab Schätzungen zufolge 2020 mehr als 150 Millionen Hungernde mehr auf der Welt als noch ein Jahr zuvor¹⁴. Es ist gut, dass wir in der Lage sind, Einbrüche der Wirtschaftsleistung viel besser abzufedern, aber völlig folgenlos bleiben sie deswegen auch nicht. Zu erklären, dass Wirtschaftsleistung nichts Ekliges ist, was man nur mit spitzen Fingern anfassen sollte, und auch nichts, was der Gesundheit abträglich ist, sondern dass man über jeden ökonomischen Erfolg auch aller anderen Menschen froh sein muss – das gehört daher meines Erachtens zu den vorrangigen Aufgaben aller, die an der Schnittstelle zwischen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und Beratung unterwegs sind.

Mit Christoph M. Schmidt sprach Karen Horn. Christoph M. Schmidt wurde von Edgar Schoepal fotografiert, Karen Horn von Beatriz Barragán.

¹³ Bauer, T. K., M. Fertig und C. M. Schmidt (2009), *Empirische Wirtschaftsforschung: Eine Einführung*, Berlin et al., Springer-Verlag.

¹⁴ FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), IFAD (International Fund for Agricultural Development), UNICEF (United Nations Children's Fund), WFP (World Food Programme) und WHO (World Health Organization) (2021), *The State of Food Security and Nutrition in the World 2021*, Rom.

Zur Person

Christoph M. Schmidt: Arbeitsmarkt, Innovationen, Klima

Karen Horn

Christoph M. Schmidt, geboren am 25. August 1962 in Canberra, freut sich bis heute, wenn er bei Veranstaltungen in der australischen Botschaft mit „Willkommen zuhause“ begrüßt wird. An der australischen Staatsangehörigkeit, die er qua Geburt erworben hat, hält er genauso fest wie an der deutschen. Dabei hatten sich seine Eltern, beide deutsche Mediziner, nur zwei Jahre in Australien aufgehalten. Schmidt wuchs in Heidelberg und in Fulda auf. In der Schule fiel ihm besonders die Mathematik leicht, aber er interessierte sich auch für Geschichte. Als Leistungsfach belegte er Sozialkunde: „Dazu gehörte auch Wirtschaft, aber es war aus ökonomischer Sicht ziemlicher Unsinn, was man uns da erzählt hat“, sagt er. Wohl auch aufgrund dieser eigenen Erfahrungen setzt sich Schmidt heute für ein kompakt gehaltenes Schulfach Wirtschaft ein, in dem statt allzu oft ideologisch verzerrter Theorien nur die wichtigsten, einfachsten Dinge vermittelt werden: „Was ist eine Bilanz, eine GuV, was sind Stromgrößen, Bestandsgrößen, was sind Anreize und Budgetrestriktionen?“

Zur Volkswirtschaftslehre kam Schmidt durch Zufall. Ursprünglich interessierte er sich für ein Studium der Betriebswirtschaftslehre. Dafür wollte ihn die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen jedoch nach Erlangen/Nürnberg schicken, was ihm keineswegs behagte. Er wollte nach Mannheim, wo er sich 1981 immerhin für die benachbarte Disziplin Volkswirtschaftslehre einschreiben konnte. „Dort bin ich dann hängen geblieben“, erzählt er. Die Thematik sprach ihn an, sein mathematisches Talent war nützlich, und auch die Atmosphäre stimmte: „Das Fach zog ganz offensichtlich die Sorte Leute an, mit denen ich gut klar kam. Es hätte gar nicht besser kommen können.“ Im dritten Studienjahr heuerte er als studentische Hilfskraft bei Heinz König an, dem Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Universität Mannheim und späteren Gründervater des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Dort lernte er auch den sich habilitierenden Klaus F. Zimmermann kennen, den späteren Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Schon in Schmidts Diplomarbeit zeichnete sich ein Schwerpunkt seiner späteren wissenschaftlichen Arbeit ab: Es ging darin um

ökonometrische Probleme der Analyse von Verweildaten zur Arbeitslosigkeit.

Nach dem Diplom ging Schmidt in die Vereinigten Staaten, an die Princeton University – für ein Doktorandenstudium bei David Card und Angus Deaton. Beide sind inzwischen Nobelpreisträger. Deaton erhielt 2015 den „Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften“, wie die von der Schwedischen Reichsbank gestiftete Auszeichnung mit korrektem Namen heißt; David Card wurde 2021 gemeinsam mit Joshua Angrist und Guido Imbens geehrt. Im Jahr 1991 wurde Schmidt in Princeton mit einem Konvolut von empirischen Analysen des deutschen Arbeitsmarkts promoviert.

Über den Nobelpreis für Card hat sich der heutige Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung unbändig gefreut: „Wir hatten gerade Vorstandssitzung,

da rief ein ehemaliges Vorstandsmitglied an und fragte, ob wir das schon mitbekommen hätten – und das nächste, was ich wieder bewusst wahrgenommen habe, war, dass ich in den Armen meines Kollegen Thomas Bauer lag und dass wir wild jubelten.“ Schmidt hatte Card in den Forschungsbeirat des RWI geholt, dem dieser acht Jahre vorstand. „David Card hat uns viel gegeben, er ist eine tolle Person.“

Nach der Rückkehr nach Deutschland 1991 ging Schmidt an die Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er zunächst als Mitarbeiter von Klaus F. Zimmermann am Seminar für Beschäftigungs- und Bevölkerungsökonomik (Selapo) beschäftigt war und dann, ausgestattet mit einem Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Einkommenslage von Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt erforschte.¹⁵ Er habilitierte sich 1995. Noch im selben Jahr wurde er auf die Professur für Ökonometrie an der Universität Heidelberg berufen; ein Jahr später wurde er Ko-Direktor des dortigen Alfred-Weber-Instituts. Zimmermann machte ihn 1998 zum Research Fellow am IZA, wo er zudem von 1999 bis 2002 das Programm zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik verantwortete. Ein vorläufig letztes Mal setzte sich Schmidts Wanderungsbewegung nach dem deutschen Norden fort, als er 2002 den Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum annahm, mit dem die Bestellung zum RWI-Präsidenten verbunden war.

Dort erwartete ihn neben Forschung und Beratung eine große Aufgabe als Wissenschaftsmanager: Das RWI war vom Wissenschaftsrat so kritisch bewertet worden, dass es in seiner Existenz gefährdet war. Größere organisatorische und inhaltliche Umbauten standen an, und Schmidt packte sie mit Kreativität und Diplomatie an. Er erfand das Institut neu, „eine Teamleistung“, wie er betont: Das RWI schaffte die alten Abteilungen ab und ersetzte sie durch fächerübergreifende Kompetenzbereiche, verstärkte die Kooperation mit den Hochschulen der Region, erweiterte das Themenportfolio, indem es unter anderem mit der Gesundheitsökonomik eine Marktlücke besetzte, und baute die evidenzbasierte Beratung aus. Die Anfangszeit war dabei von der Evaluation des Hartz-Reformpakets geprägt. „Da hat das Institut stark an Sichtbarkeit gewonnen“, erinnert er sich, „zunächst mit einer konzeptionellen Vorstudie darüber, wie man die Wirkungen überhaupt alle

erfassen könnte“. Es war für ihn eine gute Gelegenheit, sein wissenschaftliches Profil einzubringen und dem Neustart des Instituts Rückenwind zu verleihen.

Ein Anstoß dazu, ein thematisch noch größeres Spektrum zu bearbeiten, kam für Schmidt 2009 mit der Berufung in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als Nachfolger von Bert Rürup. Sogleich meldete er sein Interesse an jenem Thema an, zu dem er gegenwärtig hauptsächlich forscht: der Klimapolitik. Damals hatte Wolfgang Franz im Rat noch das Thema Arbeitsmarkt „gepachtet“. Doch im Nachgang zur Finanzkrise bedurfte es erst einmal einer Positionierung zum Deutschlandfonds und in diesem Zusammenhang eines gesonderten Kapitels zu Innovations- und Industriepolitik. Schmidt kümmerte sich darum, ebenso wie um das Thema Energie.

Im Jahr 2011, in dem er auch in die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) aufgenommen wurde, betreute er federführend das Klimakapitel im Ratsgutachten. „Seitdem ist das einer meiner Schwerpunkte, auch weil mir das dafür nötige interdisziplinäre Arbeiten viel Freude macht.“ Bei der Erweiterung des Themenspektrums kam ihm seine ökonometrische Spezialisierung zugute. „Da ist man nicht auf ein Thema festgelegt. Das ist so schön wie verführerisch. Aus akademischer Sicht ist es oft gut, tief zu bohren und fest in einer Nische eingegraben zu bleiben, aber das wäre nichts für mich. Allerdings gibt es leider auch viele Dinge, die ich aufgegriffen und nicht zu Ende geführt habe, weil dann schon wieder etwas Neues aufgetaucht war.“ Im Jahr 2013 wurde Schmidt zum Vorsitzenden des Sachverständigenrats gewählt; das Amt hatte er bis Anfang 2020 inne.

Im Anschluss blieben neue Aufgaben nicht aus, beispielsweise in der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. „In diesem Rahmen das eigene Fach zu vertreten und zu erläutern, was wir machen und wofür wir stehen, was wir können und wo unsere Grenzen sind, das macht mir Freude. Es ist unheimlich befriedigend, Anwalt der eigenen Disziplin und Erkenntnisse zu sein, sie einzubetten in einen größeren Kontext und dabei sogar Gehör zu finden“, schwärmt er. Für die Zukunft hat er vor, sich thematisch weiter mit der Klimapolitik zu beschäftigen. Auch die ganzheitliche Wohlfahrtsberichterstattung liegt ihm am Herzen. Erst einmal hat er sich aber vorgenommen, sein Haus zu bestellen und das RWI noch besser zu positionieren. „Mein Ziel ist es, noch mehr Internationalisierung hinzubekommen, noch mehr Vernetzung, noch mehr Betonung des spezifischen Profils in der Region – dann könnte ich das Institut mit sehr gutem Gewissen übergeben, wenn für mich einmal die Rente ansteht“.

¹⁵ Schmidt, C.M. (1994), Country of origin, family structure and return migration, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 63(1/2), S. 119–25, und Schmidt, C.M., A. Stilz und K.F. Zimmermann (1994), Mass migration, unions, and government intervention, *Journal of Public Economics* 55(2), S. 185–201.